

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

250 (27.10.1919) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.60 M, durch unsere Träger zugestellt 1.70 M, am Postkasseler 1.75 M, durch den Postboten zugestellt 1.80 M monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Freitag mittags; Veröffentlichung: 1/2 5-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Karlsruher Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonellege od. deren Raum 30 A, Restamen 1.-M. zuzüglich 80 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 Vorm., für groß. Aufträge nachm. zuvor.

Kampf gegen Wucherer und Schieber.

Standgerichte und Zuchthaus für Schieber und Wucherer.

Stuttgart, 26. Okt. Die Sozialdemokratische Fraktion des Württ. Landtags richtet an die Regierung die Aufforderung, bei der Reichsregierung sofort die Errichtung von Wuchererhandgerichten zu beantragen und bis zur Errichtung derselben unter Anwendung der ihr auf Grund des Art. 48 Abs. 4 zustehenden Rechte rücksichtslos gegen das Schieber- und Wuchertum vorzugehen.

Als Strafen, gegen die ein Einspruch unzulässig ist, sollen festgelegt werden:

- Öffentliche Bekanntgabe der Namen der Bestraften.
 - Einzugung der beschlagnahmten Ware.
 - Ganze oder teilweise Einziehung des Vermögens.
 - Gefängnis- oder Zuchthausstrafe.
- Die Richter der Wuchererhandgerichte sind aus den Kreisen der Verbraucher zu ernennen auf Vorschlag der wirtschaftlichen Vereinigungen der Verbraucher, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die württembergische Regierung läßt zu dieser Forderung folgenden erklären: Die Erfüllung solcher Wünsche ist unmöglich, da nur im Wege der Reichsregierung durchführbar. Die württembergische Regierung hat sich aber mit dringenden Vorstellungen an die Reichsregierung gewendet, um entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen gegen Schieber- und Wuchertum zu erlangen; namentlich hat sie eine Verschärfung der Strafandrohungen im Auge, dergestalt, daß gegen Schieber und Schleißhändler in erster Linie auf Zuchthausstrafe zu erkennen ist.

Deutsche Maßregeln gegen die Gefahr der wilden Einfuhr.

Mann, 27. Okt. Nach einer amtlichen Mitteilung des württembergischen Ernährungsamtes hat die Reichsregierung für Lebens- und Futtermittel nunmehr eine Einfuhrkontrolle für ausländische Lebensmittel und Futtermittel an der Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet eingerichtet. Diese Maßnahme ist lediglich im Interesse der deutschen Saluta getroffen worden. Vorläufig sind beschlagnahmefrei: Reis, Hülsenfrüchte, Kaffee, Kakao und Schokolade. Beschlagnahmt werden vorerst alle Getreide und Getreideerzeugnisse, landwirtschaftliche Milch, Fleisch, Fleischkonzerne, Kartoffeln, sowie daraus hergestellte Lebensmittel, Getreide, Milchprodukte, Gewürze, Zucker.

Zwangsmittel gegen pflichtwidrige heffische Landwirte.

Darmstadt, 27. Okt. Da die heffischen Landwirte ihrer Verpflichtung, Kartoffeln abzuliefern, nicht ausreichend nachkommen, besteht die Absicht, jetzt mit Zwangsmitteln ein vorzugehen.

Umbildung der württembergischen Regierung.

Stuttgart, 26. Okt. Die Mehrheitsfraktionen des Landtags haben über die Ergänzungen und Veränderungen der Regierung, die nach dem Tode des Justizministers v. Miene und dem Ausscheiden des Ministers des Innern Dr. Lindemann notwendig geworden sind, beraten. Das Ergebnis ist folgende Zusammensetzung: Vizepräsident; Reichsjustizminister; Finanzminister; Seymann, Minister des Innern; Leopold, Arbeitsminister; v. Sieber, Kultusminister; Holz, Justizminister; Graf, Ernährungsminister. Drei Mitglieder, Sieber, Holz und Graf, treten neu in die Regierung ein. Von den bisherigen Ministern sind 3 Sozialdemokraten (bisher 4), 2 Demokraten (wie bisher), 2 Zentrumsmänner (bisher 1).

Bereinbarungen in der Textilindustrie Württembergs.

Stuttgart, 27. Okt. Nachdem in Südbaden für die Textilindustrie ein neuer Tarif abgeschlossen worden ist, gibt die Gruppe Württemberg des Verbandes deutscher Textilarbeitgeber Augsburg bekannt, daß sie ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, auf ähnlicher Grundlage unter Berücksichtigung der württembergischen Verhältnisse abzuschließen.

Arbeitsprogramm der bayerischen Regierungsparteien.

München, 26. Okt. Im Landtag verlas namens der Koalitionsparteien Abg. Haberlein eine Erklärung, in der aufbauende Arbeit auf allen Gebieten der Kultur und des Wirtschaftslebens, rücksichtsloser Kampf gegen Wucherer und Schieber, weitgehende Berücksichtigung des bayerischen Bedarfs bei der Brennstoffversorgung durch das Reich, fernere einschneidende Maßnahmen zur Besserung der Saluta gefordert werden. Die Schaffung eines neuen Landtagswahlgesetzes, Erledigung eines geordneten Haushaltsplans, Neuordnung der Staatsverwaltung und eine allen Ansprüchen genügende Abschaffung der Vermögenssteuern werden als dringende Aufgaben für Regierung und Landtag bezeichnet. Anerkennung wird, daß die bisherige Regierung sich um Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und um die Sicherung wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung ernstlich bemüht hat. Es wird die Erwartung ausgedrückt, daß die Regierung diese Bemühungen mit Nachdruck fortsetzt und von allen Volksgenossen hierin anerkannt wird.

nügende Abschaffung der Vermögenssteuern werden als dringende Aufgaben für Regierung und Landtag bezeichnet. Anerkennung wird, daß die bisherige Regierung sich um Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und um die Sicherung wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung ernstlich bemüht hat. Es wird die Erwartung ausgedrückt, daß die Regierung diese Bemühungen mit Nachdruck fortsetzt und von allen Volksgenossen hierin anerkannt wird.

Die Wirkungen der Ostsee-Blockade.

Stettin, 27. Okt. Seit der Blockade liegen im Stettiner Hafen 58 große Seeschiffe, Dampfer und Segler, mit rund 1000 Mann Besatzung still. Durch das Stilllegen des Verkehrs haben etwa 1200 Hafenarbeiter ihren Erwerb verloren. Ferner liegen im Hafen etwa 1000 Binnenschiffe, Hafenschlepper, und Kähne, die keine Ladung haben und deren Eigentümer und Besatzungen ohne Erwerbsmöglichkeiten sind.

10-15 Tage Einstellung des Personenverkehrs?

München, 26. Okt. Die Einstellung des Eisenbahnpersonenverkehrs ist von der bayerischen Regierung in Berlin beantragt worden, d. h. mindestens für Süddeutschland. Infolge Beschlusses des Ministerrats wurde an den Reichsminister sowie an den Reichswirtschaftsminister in Berlin je ein Telegramm gerichtet, worin der bayerische Minister seine Auffassung kund tut, daß die in Süddeutschland herrschende Kohlennot zur Katastrophe führen muß, wenn nicht eine Einstellung des Eisenbahnpersonenverkehrs auf 10-15 Tage erfolgt. Gleichzeitig wird auch beantragt, zur Beratung und Beschlußfassung dieser Maßnahmen die Verkehrsminister der einzelnen Länder sofort nach Berlin zu berufen.

Die Hege gegen den Untersuchungsanschnh.

Je unangenehmer die Verhandlungen vor dem Untersuchungsanschnh der alldeutschen Presse werden, desto mehr weilt sie Gift und Galle, desto mehr sucht sie die Tätigkeit des Ausschusses durch niedrige Verdächtigungen herunterzureißen. Einen Beford stellt hierbei die „Tägliche Rundschau“ auf, die den Untersuchungsanschnh mit der Zentrale für Heimatschutz, der amtlichen Propagandastelle, in Zusammenhang bringt und schreibt:

„Eine hundsstichliche Anrechtsgegnung schnüffelt nach Material, das sich gegen Deutschland verwenden läßt. Es ist doch keine objektive Verhandlung; es ist ein Kampf mit Käseknäueln und Röhren, ein Parteikampf, in dem die Kräfte 23:5 stehen, ein Kampf, den die Jugendberichte unseres Reiches gegen die Wahrheit führen, um ihr Ansehen vor dem betrogenen Volke zu retten.“

Das Geschrei der „Täglichen Rundschau“ über mangelhafte Objektivität wirkt besonders komisch, ist doch der Vorsitzende des Anschnhs ein Alldeutscher, und ist doch von den vier Sachverständigen der eine, Friedrich Schäfer, die größte wissenschaftliche Rendite der Alldeutschen und ein weiterer, Herr Böhm, regelmäßiger Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“.

Stärke der britischen Armee.

Amsterd., 27. Okt. Nach einer Meldung aus London teilte Churchill im Unterhaus mit, daß die Stärke der britischen Seeres auserblich 750 000 Mann betrage, in Irland ständen 55 000 Mann.

Der Friedensvertrag Vergewaltigung der 14 Punkte Wilsons.

Amsterdam, 27. Okt. Senator Croma erklärte im amerikanischen Senat, der Friedensvertrag sei eine Vergewaltigung der 14 Punkte Wilsons und werde zur Folge haben, daß die Vereinigten Staaten in Kriege verwickelt werden. Der Völkerverbund mache Amerika zum Opfer der Regierungen Europas, Asiens und Afrikas.

Daß der Friedensvertrag alles Recht vergewaltigt, ist richtig, aber auch, daß Amerika durch den Krieg zum Herrn der Welt geworden ist.

Fünf Vorbehalte Amerikas zum Friedensvertrag.

Washington, 24. Okt. Der „New York Courant“ meldet aus Washington, daß der Senatsauschnh für Auswärtige Angelegenheiten fünf Vorbehalte bezüglich des Friedensvertrags angenommen hat. Der erste sieht vor, daß die Vereinigten Staaten allein darüber zu urteilen haben, ob im Falle des Austritts aus dem Bund den internationalen Verpflichtungen nachzukommen ist, der zweite, daß die Vereinigten Staaten keinerlei Verpflichtungen auf sich nehmen, die territoriale Unversehrtheit eines anderen Landes zu verteidigen oder bei Streitigkeiten zwischen zwei Ländern zu intervenieren oder militärische Hilfe zu gewähren, es sei denn, daß der Kongress dies genehmigt. Der dritte bestimmt, daß kein Mandat ohne Zustimmung des Kongresses angenommen werden darf, der vierte gibt allein den Vereinigten Staaten das Recht, über ihre inneren Angelegenheiten zu urteilen. In dem fünften wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten die Monroe-Doktrin keinem Schiedsgericht unterwerfen wollen.

Die Differenzen wegen der Beschaffungszulage.

Die beim badischen Staate angestellten Beamten, Lehrer und Arbeiter haben die Forderung auf Gewährung einer Beschaffungszulage gestellt, die 1000 M pro Mann und 200 M für jedes Kind betragen soll. Eine Unterzeichnung, ob verheiratet oder ledig, soll nicht gemacht werden, auch soll keine Abstufung nach der Größe der Orte eintreten. Nach langen, schwierigen und sehr eingehenden Verhandlungen zwischen den Mehrheitsparteien des Landtags kom, unter Überwindung nicht geringer Hindernisse, eine Verständigung dieser Parteien zustande, die die Staatsangestellten in vier Ortsgruppen einteilt. Es sollen ihnen die folgenden Beschaffungszulagen gewährt werden:

Ortsgruppe	Verheiratete	Kinder	Lebige
I	500	200	300
II	400	200	200
III	300	150	150
IV	200	150	150

Dieser Vorschlag ist speziell bei den Eisenbahnern auf Ablehnung gestoßen; über die Stellungnahme der anderen Beamten und Arbeiter ist bis zur Stunde näheres nicht bekannt. Die Arbeiter der Karlsruher Hauptwerkstätte haben am Samstag mittag einmütig die Vorschläge abgelehnt, aber beschlossen, ehe sie weitere Stellung nehmen, erst die Beschlüsse und Verhandlungen der kommenden Dienstag nach Karlsruhe einberufenen Landeskonferenz abzuwarten. In Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen und Sauda sind dagegen die Eisenbahnarbeiter vorübergehend in den Ausstand getreten. Sowohl die Haltung der Karlsruher Arbeiter, wie die Streiks in den genannten Städten zeigen die kritische Situation an, die entstanden ist, falls nicht noch in letzter Stunde eine für beide Teile annehmbare Verständigung zustande kommen sollte.

Eine solche Verständigung halten wir dringend geboten, da wir sonst schwersten Schaden für die Allgemeinheit, unter Umständen aber auch der Eisenbahner selbst befürchten, falls sie im Kampfe ihre Forderung durchzubrüden beabsichtigen sollten. Wir geben zu, daß angesichts der rapiden Preissteigerung und der Tatsache, daß bis zu Beginn dieses Jahres die badischen Eisenbahner vielleicht nicht ganz in ihren Löhnen, ebenso die Beamten, mit anderen Berufsgruppen Schritt gehalten haben, eine Beschaffungszulage von 1000 M für die überwältigende Mehrzahl eine recht brauchbare Hilfe wäre. Aber die Frage, die doch vernünftigerweise mit aufgeworfen werden muß, ist: kann das finanziell außerordentlich unglücklich gestellte Land Baden die für die Erfüllung der gestellten Forderung nötige große Summe aufbringen und tragen. Welche Summen in Frage kommen, wird durch die folgenden Angaben illustriert:

Nach den Feststellungen am 1. Februar 1919 waren vorhanden: bei der Eisenbahnerverwaltung 27 600 Beamte und Arbeiter, beim Bergwerk 85 und bei der allgemeinen Staatsverwaltung 14 900 Beamte, Lehrer und Arbeiter; zusammen 42 585. Diese hatten zusammen 64 900 Kinder. Ledig waren bei der Eisenbahnerverwaltung 6900, bei der Staatsverwaltung 5700; zusammen 12 600.

Der Aufwand für die Staatsangestellten und Arbeiter würde bei Gewährung der Zulagen nach dem Muster des Reiches (1000 M für Verheiratete, 600 M für Lebige und 200 M Kinderzulage) erfordern 42 600 x 1000 = 42,6 Millionen; 64 900 x 200 = 12,9 Millionen und 12 900 x 600 = 7,7 Millionen; zusammen 63,1 Millionen Mark. Da nun bei der Eisenbahnerverwaltung seit dem 1. Februar d. J. 5000 Arbeiter mehr eingestellt worden sind, von denen 23 vom Dunder ledig sind, kämen weitere 5,7 Millionen Aufwand hinzu. Da auch die Beamtenschaft vermehrt worden ist, müßte somit bei Gewährung einer Beschaffungszulage eine Summe von 70 Millionen aufzuwenden werden. Davon würden entfallen auf die Arbeiter der Eisenbahn 31 Millionen, Beamte und Lehrer 35 Millionen, sonstige Staatsarbeiter 4 Millionen. Etwa 3 Millionen würden von der Reichskasse ersetzt werden, so daß der badische Staat einen Aufwand von rund 67 Millionen zu tragen hätte. Der Aufwand für die Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen würde sich, wenn ihnen die Beschaffungszulage nur zur Hälfte gegeben würde, auf 4,1 Millionen belaufen. Selbst der von den Mehrheitsparteien gemachte Vorschlag wird noch eine Ausgabe von rund 38 Millionen Mark verursachen, also eine Summe, die bei dem Stand der Finanzen und der Aussichten für die Zukunft zu den ernstesten Sorgen berechtigten Anlaß geben muß.

Das war sicherlich auch für die Parteien im allgemeinen mit ausschlaggebend, als sie ihren gegen die Forderungen reduzierten Vorschlag gemacht haben. Trotzdem richten wir, im Interesse sowohl der Verständigung wie der Eisenbahner, der Beamten usw. an die Parteien das Ersuchen, falls die Eisenbahner zum Entgegenkommen bereit sein sollten, nochmals gründlich zu prüfen, ob nicht weitere Zugeständnisse möglich sind. Ein

Seite 2
den
6388
Begr. 1919
liche
schaft.
Kinber
tion ober
gebe zur
schuß den
Leopolv
Reber,
Kölnburg:
rienstadt:
Wein-
ansfeld:
3. 3. 311.
marzle 1.
Bruchsal:
genau:
K. von:
schle 12:
108.
22.
Beste zum
mosi
oder nach
wendung
habbar.
Gebälte
geschäften.
eilt Aus-
A. Zapf,
Baden).
ng
aft
d.H.
platz)
Uhr
H.
H.
ter
en
6309
en.
M
sände
uern
d) 1911
akt im
obst
rger
-Kino)
Preis.
Waren
iter
häftliche
s Diebl
6098

einmal ausbrechender Kampf würde naturgemäß ebenfalls auch dem Staat große finanzielle Opfer auferlegen, ganz abgesehen von den Schädigungen, die der Bevölkerung und dem Erwerbsleben zugefügt werden würden.

Die gleiche Mahnung und Bitte richten wir aber auch an die Eisenbahner. Wenn sie zum Kampfe schreiten würden, so würde schon eine nur kurze Dauer die materiellen Vorteile illusorisch machen, die ihnen ihre Forderung gegenüber dem Vorschlag der Parteien bietet. Dabei vorausgesetzt, daß die Eisenbahner im Kampfe auch Sieger bleiben. Das ist aber immerhin noch ungewiß, denn alle Erfahrungen, die gerade in den letzten Wochen gemacht worden sind, lassen einen Sieg der Arbeiter und Beamten im Kampfe recht zweifelhaft erscheinen. Würden sie aber unterliegen, dann müßten sie sich wohl auch mit dem Vorschlag der Parteien begnügen, hätten aber persönliche materielle Einbußen. Aber den u. E. doch recht zweifelhaften Sieg einmal vorausgesetzt, fürchten wir, daß er nur mit einer Schädigung des Landes erkauft sein würde, die auch den Eisenbahnern nicht gleichgültig sein kann. Und selbst auf die Gefahr hin, übelwollenden Personen Stoff für die Gehe gegen den „Volksfreund“ zu liefern, drängt es uns, die Eisenbahner daran zu erinnern, daß sie bei einem Kampfe der Sympathie der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung nicht sicher sind. Bei Streiks, die unter Umständen unsere ohnehin hohen Verkehrsverhältnisse noch weiter verkomplizieren, würde sich bei der Bevölkerung eine tiefgehende Erbitterung einstellen. Benachteiligt fürchten wir das — und Erbitterung ist gerade genug vorhanden. Es darf doch nicht verkannt werden, daß auch 600 M. pro Mann und 200 M. für jedes Kind, selbst unter heutigen Verhältnissen, eine recht schätzenswerte und auch wirkliche Hilfe sind. Und diese Hilfe kann nur gegeben werden, indem die Knappen Mittel des Landes beinahe gefährdend aufgewendet und in Anspruch genommen werden. Wären unsere Finanzverhältnisse bessere, würden sich vermutlich kaum ernstliche Bedenken dagegen geltend machen, daß den Staatsarbeitern und Beamten die geforderte Zulage gegeben wird. In diesem Falle würden wir, ohne nur einen Augenblick zu zögern, für die volle Forderung der Arbeiter und Beamten eintreten. Weiter richten wir, im Interesse einer Verständigung, an die Eisenbahner, wie an alle in Betracht kommenden Kategorien das Ersuchen, doch dem Gebot der Abhaltung nach Ortsgruppen näher zu treten. Hinsichtlich der Löhne besteht ja eine gewisse Abhängigkeit, wie es ja eine allgemeine und ganz natürliche Erscheinung ist, daß in den größeren Städten mit ihren wesentlich teureren Verhältnissen, die Löhne höher sind, als auf dem Lande oder in kleineren Städten. Daß die Beschäftigungslage in der Praxis nicht etwa vorwiegend dazu verwendet werden wird, Gebrauchsgüter oder Kleidungsstücke zu erwerben, sondern sie vielfach für den Lebensunterhalt auf dem Ernährungsgebiet Verwendung finden wird, braucht kaum näher dargelegt zu werden. Deshalb ist es recht und billig, die in großen Städten wohnenden etwas reichlicher zu bedenken, als die auf dem Lande wohnenden. Die Beschäftigungslage muß daher u. E. nach den Gesichtspunkten der Bedürftigkeit und des Ausgleichs gegeben und gestaltet werden. Das werden auch die Gesichtspunkte gewesen sein, die die Mehrheitsparteien bei ihrem Vorschläge geleitet haben.

Verständigung, nicht Kampf! das muß auch bei diesen Differenzen das Leitmotiv sein. Unsere gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage ist zu ernst, die Sorgen der Gegenwart und der Zukunft sind zu groß, es darf nicht sein, daß wir durch einen schweren Schaden, einen Kampf im Verkehrsleben auch noch leisten könnten. Darum appellieren wir auch an die Beamten und Arbeiter, den Weg der Verständigung zu betreten, nicht aber reißlos auf ihrer Forderung zu beharren. Wir hoffen sonst einen Konflikt, dessen Ausgang sehr ungewiß ist, dessen sichere Folge aber ist, daß der alten allgemeinen Not neue hinzugefügt wird.

Wir sind uns durchaus bewußt, daß unsere an die Arbeiter und Beamten gerichteten Mahnungen momentan uns Unwohlsein eintragen werden. Und wir wissen auch, daß man unsere Mahnungen von bestimmter Seite gegen uns auszusprechen versucht wird. Aber das kann und darf uns nicht abhalten, offen und frei unsere Meinung zu sagen. Man dient gar oft den Arbeitern und Beamten durch begründete Mahnungen weit mehr und besser, als durch falsch verkündete angebliche Solidarität. Johann Jacoby hat einst einem Breuchentönig gesagt, es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. Möge es nicht zum Schaden der Staatsarbeiter und Beamten ausgehen, wenn sie unsere Mahnung zur Ent-

gegenkommenden Verständigung weder hören noch befolgen wollen. Goffen wir, daß dem Lande und der ohnehin schwer genug geprüften Bevölkerung ein Kampf im Verkehrsleben erspart bleibt.

Die gefährdete Kartoffelversorgung.

Mehrfach wurde schon darauf hingewiesen, daß ganz besonders in Ostpreußen die Einbringung der Kartoffelernte gefährdet ist. Der Grund liegt darin, daß unter den dort herrschenden Arbeitsbedingungen, die für die polnische Landarbeiter gelten, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen nicht arbeiten können und daß die Landwirte sich weigern, andere Arbeitsbedingungen einzuführen.

Ein weiterer Grund für die Kartoffelknappheit liegt in dem Mißbrauch, der mit dem Verkauf von Saatkartoffeln getrieben wird. Nach einer Reichsverordnung dürfen Saatkartoffeln zum Verkauf gebracht werden. Die Landwirte verkaufen aber meistens Speisekartoffeln als Saatkartoffeln, um auf diese Weise drei bis fünf Mark pro Zentner zu verdienen. Dem Schleier und Wucherwesen wird hierdurch Tür und Tor geöffnet. Aus diesem Grunde hat Genosse Keller in der preussischen Landesversammlung eine Anfrage an die Regierung gerichtet, die auf die gefährdeten Verhältnisse hinweist und fragt, was die Regierung zu tun gedenkt:

- 1. um die Einbringung der Ernte in diesen Gegenden zu gewährleisten,
2. um dem Verkauf von Speisekartoffeln, wodurch die deutsche Volksernährung ernstlich bedroht wird, entgegenzuwirken.

Daß die Landwirte zum Teil gar nicht gewillt sind, bessere Arbeitsbedingungen einzuführen, beweist das nachfolgende Rundschreiben eines westfälischen Bauernvereins, das lautet:

„Die Verordnung betreffend Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten vom 2. September d. J. bedeutet einen bisher in Preußen unerhörten Eingriff gegen die persönliche Freiheit des Bauernstandes. Die in der Ortsgruppe Namen des westfälischen Bauernvereins zusammengeschlossenen Landwirte verlangen sofortige Aufhebung dieser Verordnung. Ihrer Durchführung werden sie auf keinen Fall tatenlos zusehen, durch Mittel und Wege zu finden wissen, sie zu verhindern. Der Vorstand der Ortsgruppe Namen des westfälischen Bauernvereins.“

Die Verordnung vom 2. September ermächtigt bekanntlich den Demobilisationskommissar, nach eingeholter Zustimmung der Landeszentralbehörde, solchen Grundbesitzern die Verwaltung ihres Grundstückes zu entziehen, die sich weigern, die vom Demobilisationskommissar festgelegten und für verbindlich erklärten Arbeitsbedingungen zu erfüllen. Der Widerstand unzufriedener Grundbesitzer gegen diese Verordnung muß unbedingt gebrochen werden, wenn nicht im Winter unsere gesamte Ernährungswirtschaft zusammenbrechen soll.

Gegen böswillige Karavieren und deutsch-nationale Reaktionen.

wendete sich dieser Tage der preussische Landwirtschaftsminister, Genosse Otto Braun, an preussischen Landwirte in gebotener Särzic. Nachdem Braun die Landarbeiter und volkseigenen Haltung der Farmer und ihres Anhangs bei den letzten Landarbeiterbewegungen gesehelt hatte, führte er aus:

„Die Rechte ist trotz ihres Programms durch ihre Taten Feind der Landwirtschaft. Brutal soll es sein, wenn ich in wenigen Wochen der Landwirtschaft Tarifverträge aufzwingen? Wir haben nicht die Zeit, jahrzehntelange Kämpfe darum zu führen. Außerdem seit dem 9. November sind doch ganz andere Verhältnisse eingetreten. Der Großgrundbesitz hat bisher mit brutaler Gewalt die Arbeiter niedergebunden. Es muß gelingen, der Landwirtschaft den Gehobenen der Tarifverträge und damit wirtschaftsrechtliche Verhältnisse so schnell wie möglich zu bringen. Das Vertrauen aller Landwirte werden wir nie erhalten, es genügt wenn wir das der Millionen Kleinbauern und Landarbeiter gewinnen. Mühte ich mich eine Stunde lang an dieser Stelle stehen, was der frühere König als Vrs wucher bezeichnete, das treiben sie ungeschert. Aber engagierten Gewinn eine Sonderbesteuerung nennen, das ist so deutsch-national. Alle Angriffe werden mich nicht im Fingerringe von dem Weg abbringen, den ich mir bei Übernahme meines verantwortungsvollen Amtes gesetzt habe. Der Abg. Rippel hat geantwortet: fort mit dem Minister! (Abg. v. Radowitz ruft: Ja, ja!)“

So lange ich das Vertrauen meiner Partei (hümtliche Heiterkeit rechts, minutenlang großer Lärm; Jucuse rechts: Da haben wir ihn!) So lange ich das Vertrauen meiner Partei und der Mehrheit dieses Hauses habe, werde ich diesen Schlag nicht verpassen, mögen die Angriffe noch so dicht hageln. Ich freue mich über den Zug von der Stadt aufs Land, den wir jetzt erleben. Unser Ziel ist die Schaffung von Wirtschaftseinheiten mit dem größtmöglichen Ertrag des Bodens. Diese Agrarreform kann ihren Zweck nur erfüllen, wenn eine Steigerung der Produktion eintritt. Dazu müssen wir wieder zureichend Menschen auf dem Lande haben, die mit Lust und Liebe dem Ackerbau obliegen. Lust und Liebe spielen nirgends eine so große Rolle, wie in der Landwirtschaft. Unser Ziel ist, daß die Landwirtschaft in der Bevölkerung ausreichend ernährt wird. Dazu ist aber nötig, daß die Landwirtschaft entpolitisiert wird. Die Tatsache, daß die Landwirtschaft identifiziert wurde mit reaktionärer Politik hat geführt zu dem Gegensatz zwischen Land und Stadt. Wir stehen vor dem Abgrunde, unser Volk wagt sich blindlings ihm zu. Wir können ihm nur helfen, wenn wir alle Eigenmächtigkeiten und jeden Streit beiseite stellen.

Das harte Muß der Arbeit als Heilmittel.

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart hat das Ergebnis gebracht, das schon bei ihrem Zusammentritt feststand: die zur Politik der Unabhängigen haltende Delegationenmehrheit wählt einen Vorstand ihrer Farbe; die Minderheit, die gegen die Mehrheit der Mitglieder umsofort, hat erklärt, getreulich die Einheit der Organisation wahren zu wollen — nun bleibt abzuwarten, wie die Zusammenarbeit ausfällt. Aber nur auf den Fanatismus schaut, wie er in sehr vielen Versammlungen von den Unabhängigen ausgeht, wird, der erwartet ein heilloses Durcheinander und baldigen Zerfall der Vereinigung. Die Opposition zur verantwortlichen Tätigkeit heranziehen, das war noch immer das beste Heilmittel für eine Versteinerung, die die Wirklichkeit und ihre Bedingungen mißachtet. Während breite Schichten der Unabhängigen die bloße Möglichkeit der industriellen Affordarbeit als Arbeiterverband verdammen, haben Unabhängige als Verbandsbevollmächtigte sich eifrig für den Stücklohn eingesetzt; in Frankfurt a. M. z. B. das auch in Stuttgart von Unabhängigen vertreten ist, darunter der Verbandsbevollmächtigte Bernhard und gar Fickmann, der Führer der nunmehrigen Mehrheit, arbeiten bereits über 90 Prozent der Metallarbeiter im Stücklohn. Diese „Sünde am Geiße der Revolution“ wird sich wiederholen und verallgemeinern; auch in anderen Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens werden die neuen Männer des Verbandes vorgefaßte Meinungen revidieren. Auch in der Politik und in der öffentlichen Verwaltung haben die Unabhängigen berufen, daß Kritiker nicht lange nicht weismachen heißt.

Die Leute von der U.S.B. im Metallarbeiterverband werden „mit Wasser kochen“. Entweder werden sie den aufgeregten Teil ihrer Gefolgschaft zur Besinnung bringen oder sie werden in gleiche Verbammnis geraten wie die Fortgeschrittenen. Der Zwang zum Schaffen wird weit über den Metallarbeiterverband hinaus Klärung in den Reihen der Unabhängigen erzwingen.

Laßt einige verantwortliche Organisationsleiter einige Mühe machen und große Mitgliedschaften bitter dafür zahlen, dann wird bald eine neue Front ausgerichtet werden! Heute ist es das große Heer der Neorganisierten, die bei Kriegsbeginn kreditverweigernde Sozialdemokraten gesteinigt hätten; Leute, denen später bei hohen Kriegselöhnen für ernste Kämpfe der Atem nicht gereicht hätte; heute gilt ihnen als Verbredchen an der Arbeiterschaft, was ihnen jahrelang wohlgefallen hat. Wie bald kann wieder ein Meinungswechsel kommen!

Gespalten, politisch zerrissen, in schrecklichem Hader zerfleißt und dadurch in kritischer Zeit um die beste Wirkungsmöglichkeit gebracht, steht Deutschlands sozialistische Arbeiterschaft da. Aber so stark ist doch der Zwang der Dinge, so stark über allen Streit hinweg das Gefühl der Zusammengehörigkeit, daß dieselben Unabhängigen derselben bitter angelegten Generalkommission die Bundesbeiträge nur bewilligen. Für alle übrigen laßt die Tatsachen sorgen, die zum Wirtschaftssinn erzischen. Es lebe der Zwang zum Schaffen!

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

105 Nachdruck verboten

Sie blieb zurück wie betäubt vor Erstarrten. Sie hatte ihm noch das Knie küssen wollen, den Segen aller Heiligen auf ihn herabwünschen, — nun war er schon gegangen, nun würde er gewiß denken: kleine Marynka ist undankbar. O nein, o nein! Hat sie ein Herz, die kleine Marynka! Wie der Wind war sie hinter ihm drein. Draußen an der Akazie vorm Hoftor ereilte sie ihn noch — sieh, wie Laura er da stand! — vor ihm nie, erstürzend, umfing sie seine Kniee, atemlos stammelte sie: „Gnädiger Panie, guter Panie! Daß heilige Mutter ihn segne, millionenmal! Hat er sehr freundlich gesprochen mit arme Marynka, wird sie ihm dankbar sein ihr Leben lang! O!“ Sieh da, lächelte er nicht schon ein wenig? Sie küßte und drückte stürmischer sein Knie. „Ist er sehr gut gewesen, wird sie das nie vergessen, kleine Marynka! War nie jemand gut gegen Marynka ihr Leben lang!“ Lachend und weinend rutschte sie vor ihm. —

Armes Kind! Von einem tiefen, weichen Gefühl erregt, ging Dolefschal nach Hause. Ueber den Federn schwebte Duft, der ganze Hauber des Frühlings. Jetzt empfand er ihn. Ach, dieses Land, ausgenutzt, ausgefogen, zertrampelt von vielen Füßen, war doch noch jungfräulich, doch noch fähig, zu empfangen und Frucht zu bringen dem Liebenden! Wie konnte er nur daran denken, den Kampf aufzugeben? Nein, noch einmal ans Werk! Wie durch einen Hauber neu belebt, ward Dolefschals Seele fast heiter. Diese schüchternen, gestammelten Worte des armen Kindes, was hatten sie nicht alles in sich an beschwörender Kraft!

In der diesem Tag folgenden Nacht hatte Dolefschal sehr sanft geschlafen. Und auch den nächsten Tag war er noch heiter, er dachte gar nicht mehr an jenen unangenehmen Besuch. Aber dann —? Was sollte er jetzt nur Helene laaen? Ihr Blick ging immer mit ihm, fragend, forschend.

Nein, vorderhand durfte sie nichts erfahren! Es war ja so unglücklich von Reimer, fast abren, so über alle Mäßen unverständlich! Warum sollte er seine arme Frau schon jetzt mit Dingen anhängen, die sie ja, schlunusten Falles, doch immer noch früh genug erfuhr?

Reimer hatte ihm einen Brief geschrieben, ihm, ihm, dem Freiherrn von Dolefschal, und er, er, der Freiherr von Dolefschal, der nie einen Fiedeln auf seiner Ehre geduldet hatte, sollte sich den ruhig einsehen? Beleidigungen fordern eine Sühne — freilich, so hatte Reimer auch geschrieben. Lag nicht eine verpackte Drohung hinter diesen Zeilen?

Dolefschal grübelte viel. „Ach schreibe, habe sehr viel zu schreiben“, sagte er zu Helene. Aber er schrieb nicht; auf Reimers Brief hatte er noch gar nicht geantwortet. Aber ihn viele Male geleen. Am Schreibtisch sitzend, auf die grüntudene Matte den Arm gestützt und hinausstarrend durchs blanke Fenster auf den blauen See, verbrachte er Stunden. Selbst nicht die jauchenden Stimmen seiner Kinder, die von den Terrassen unten am See zu ihm heraufklangen, scheuchten ihn auf. In Worten sagen, was ihn so niederdrückte, was langsam, langsam, aber stetig wie mit schweren Flügeln sich auf ihn niederlegte, sich wohl einmal wieder löstete für Minuten, Stunden, sogar für Tage, um dann doppelt schwer niederzusinken — das hätte er nicht gekonnt. War es wirklich nur das Revolutionsrisiko mit Reimer, das ihn quälte? O nein — darüber mußte er fast lächeln. Das war den Reimer nicht wert, das gab jetzt nur den Anlaß. Wenn der alte, kindische, eitle Mann ihn vor die Pistole fordern wollte, — nun warum nicht? Ein Knall — und so vieles konnte vorbei sein, würde vorbei sein! Dort unten al See, vom Lva Gora geschützt gegen die Winde des offenen Landes, schlief sich gut.

Nun, und wenn sie ihn nicht wählen würden — ach, das hatte er ganz vergessen, nächste Woche mußte er ja in der Kreisstadt und dann in verschiedenen anderen Orten, Ackerfeldern und Törfern Wohlreden halten — dann war es auch alsdann! Unerschrocken sprach er auf; ach, er war zu müde, zu müde! Nein er mochte nicht mehr, er

konnte nicht mehr, er hatte es satt! Sollte er sich etwa von Rob Schafel und Genossen ihrer Stimmen versichern lassen? Ein Ekel packte ihn. Und jemand anders würde wohl kaum für ihn stimmen trotz al der Liebenswürdigkeiten in Berlin, trotz der anerkanntesten Versicherungen maßgebender Kreise. Was mußten die — so weit ab, so fern — was mußten die darum, wie es eigentlich hier stand? Was man nicht im täglichen Leben so nahe vor sich sieht, so nahe fühlt, so Brust an Brust, wie der leuchtende Finger den Gegner im Faustkampf fühlt, das konnt man nicht. Aber er, er, der täglich, hündlich, immer, all die großen und kleinen Stöße variieren mußte, die dem Deutschtum drohten, er wußte wohl, was hier not tat. Aber — und zum ersten Male stieg in ihm ein Zweifel auf, ein Zweifel, der ihn erschütterte — aber war er, er nicht der nur, der gefandt war, an deren den Weg zu bereiten?

Serr Reimer auf Bryborowo hatte so ziemlich die Besinnung verloren. Vergebens suchte ihm sein ältester Sohn Klar zu machen, daß es unmöglich in Dolefschals Absicht geliegen haben könne, Korneliens Mädchenehre anzutasten; dies ebenjowenig, wie es seine Absicht gewesen sein konnte, den Vater zu kränken. So empfindlich der Mittelmaler selber auch von der Sache berührt war — Teufel nochmal, wie kam Hanns Martin dazu, das harmlose Kind zu verdächtigen? — da glaubte er doch seinen Freund freisprechen zu müssen.

„So — so —, aber wenn er sich nun in den Kopf gesetzt hat, mir den tüchtigen Inspektor wegzubeißen, koste es, was es wolle?“

„Aber Baba!“ Jetzt mußte der Sohn doch laut lachen. „Wie kannst du nur so denken?“

„Du kennst die Saksatzen nicht,“ grämelte der Vater. „Was die Kerle alle stänkern! Nie haben wir früher so viel Krakeel in der Provinz gehabt! Deutsch, deutsch, deutsch — als ob der Saule nicht zehnmal Deutscher mit Land und Leuten Bekleid wußte! Wir gehen zugrunde; aber wenn diesen Wühlereien! Ach hab's satt,“ — er stieß auf den Fuß — „ich jehc noch Polen!“ (Fortf. folgt.)

Nr. 2
Berlin
Abg.
Nebennah
nach Deu
Kon
Nah der
Ein prä
nach Fr
ten die
Abg.
sehung de
Kon
mark mit
zur Richt
für bis lü
Es fo
hatts:

Abg.
unfere au
zu unsi
unfere au
können im
im geüb
Lugursmar
Reichs ein
Abg.
dat not fü
ätte viell
märtigen U
gemäß au
Sonderber
an der Be
gegen den
berechtigt.
die Sieger
ratifiziert
Entente
französi
und der C
2 1/2 Milliar
ren sich ein
Blas wieder
kann es b
sondern un
seine Politi
Abg.
sein fömle
hen, so jeh
damals vor
Abg.
len seiner
eine Inhu
Auch wir C
zu leben.
Winst
worten.
Abg.
des Aus
Hierauf

Me zusam
Abg.
des Aus
Hierauf

gr. M
Lombagos
Wirtsh
Petersje
dung der
gleiche Bel
zu lassen,
wur über
hung der
leicht wird
durch die
griffe, a u
mit der Be
fufes von
an und dor
zu rechn
Ber m d g
nen. Die
Sis spätere
Geben von
wischen.
April 1920
Lommens
jes Betrag
mit Ein
146 600 000
der Berechn
nen Buchsch
veranlich
vom Reich
ausübung
erhöhen B
also zu em
16 000 000

wird das
ich die
Müßgabe
„No
Regierung
getan:
feinen
Garde.“
Parte zu
Schweide
„Um
nach Müll

Abg.
unfere au
zu unsi
unfere au
können im
im geüb
Lugursmar
Reichs ein
Abg.
dat not fü
ätte viell
märtigen U
gemäß au
Sonderber
an der Be
gegen den
berechtigt.
die Sieger
ratifiziert
Entente
französi
und der C
2 1/2 Milliar
ren sich ein
Blas wieder
kann es b
sondern un
seine Politi
Abg.
sein fömle
hen, so jeh
damals vor
Abg.
len seiner
eine Inhu
Auch wir C
zu leben.
Winst
worten.
Abg.
des Aus
Hierauf

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 24. Okt. Auf der Tagesordnung stehen Anfragen. Abg. Dr. Herrmann-Rosen (Dem.) fragt an wegen der Uebernahme der aus Polen abgewanderten deutschen Beamten nach Deutschland.

Von einem Regierungsvertreter wird geantwortet, daß die Zahl der abgewanderten deutschen Beamten etwa 60 000 beträgt. Ein provisorisches Abkommen mit Polen für die neue Periode nach Friedensschluß sei dem Abhufte nahe. Nach diesem könnten die Beamten ohne Furcht vor Schikanen bleiben.

Abg. Mollenhuth (Soz.) fragt an wegen der etwaigen Besetzung der ersten Zone durch Dänemark nach der Abstimmung. Von einem Regierungsvertreter wird bemerkt, daß Dänemark mit Zustimmung der internationalen Kommission das Recht zur Besetzung hätte, daß aber Deutschland die Verantwortung für die Folgen einer solchen Besetzung abgeben müße.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts:

Auswärtiges Amt.

Abg. Dr. Feige (D. V.): Wir können kein Programm für unsere auswärtige Politik aufstellen, denn dazu ist unsere Lage zu unsicher. Der Friedensvertrag muß revidiert werden und unsere auswärtigen Missionen müssen bald befehrt werden. Wir können im Völkervertrag nur mitarbeiten, wenn Deutschland die ihm gebührende Stellung erhält. Gegen die Ueberlieferung mit Argwohn aus dem Westen sollte die Selbsthilfe des Deutschen Reiches eintreten.

Abg. Kaufmann (Dem.): Ein fetiger einseitiger Wille tut not für unsere Außenpolitik. Der Etat des Auswärtigen läßt vielleicht nicht dem Hauptaufsatz, sondern dem Auswärtigen Ausschuss übergeben werden sollen. Bayern und demgemäß auch Preußen sollten zugunsten des Reiches auf ihren Sondergebieten beim Völkervertrag verzichten. Deutschland darf sich an der Moskade gegen Rußland nicht beteiligen. Die Angriffe gegen den Reichspräsidenten wegen seines Interviews sind nicht berechtigt. Clemenceaus Rede mit dem Grundton: Wir sind die Sieger! war eine Wahnrede. Daß der Friede noch nicht ratifiziert ist, ist ein Zeichen für die Unfähigkeit der Entente-Diplomatie. In der Pfalz werden die französischen Schulmeister den Weg zu den Herzen der Kinder und der Eltern nicht finden. Es ist eine wahnsinnige Politik, 2 1/2 Milliarden Mark für die Offiziere der Ueberwachungsgruppen aus anrechnen zu wollen. Deutschland will und muß seinen Platz wieder erobern, aber nicht in einem Weltkrieg, denn allein kann es diesen nicht führen, und Bundesgenossen hat es keine, sondern mit wirtschaftlicher Tüchtigkeit, und daraufhin muß es seine Politik einstellen.

Abg. Dr. Gohn (N. S.): Wenn es vielleicht richtig gewesen sein könnte, sich vor elf Monaten vor Sowjetrußland zu verschließen, so jedenfalls jetzt nicht mehr. Deutschland hat sich schon damals von der kapitalistischen Entente mißbrauchen lassen.

Abg. Scheidemann (Soz.) stellt fest, daß die Volksbeauftragten feinerzeit nach Rücksprache mit Rautsky beschließen haben, eine Anleihe der Beziehungen mit Rußland abzulehnen. Auch wir Sozialdemokraten wünschen mit den Russen in Frieden zu leben.

Minister Müller: Die Dinge in Rußland sind so berwickelt, daß eine klare Politik mit Rußland gar nicht möglich ist. So lange ich nicht die Garantie dafür habe, daß die Sowjetregierung sich nicht in die inneren Verhältnisse unseres Landes einmischt, werden wir nicht zu ihr in Beziehungen treten. Die russische Regierung haben wir nicht anerkannt. Wir wünschen sehr die russischen Kriegsgesangenen los zu werden, aber das ist nicht so leicht. Die Entente hat besondere Kommissare dafür eingesetzt.

Der Etat und die Entschädigungen des Ausschusses werden angenommen. — Es folgt der Etat des Reichseisenbahnamts, der Verwaltung der Reichseisenbahnen und des Reichsverkehrsministeriums, welche zusammen beraten werden.

Abg. Beuermann (D. V.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses.

Darauf wird die Sitzung auf morgen 1 Uhr vertagt.

Badische Politik.

Zur badischen Finanzlage.

gr. Aus den in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtages gemachten Ausführungen des Finanzministers Dr. Wirth dürften noch verschiedene Bemerkungen allgemeiner Interesse finden, so der Hinweis darauf, daß es zur Ausgläubung der Ausgaben unmöglich ist, für das Jahr 1920 die gleiche Belastung des Einkommens und Vermögens ins Auge zu fassen, wie sie für 1919 erfolgte, da durch den Gehaltswurf über ein Reichsnotopfer eine derartige Herabsetzung der 5000 Mk. übersteigenden Vermögen in die Wege geleitet wird, daß daneben eine Sonderbesteuerung durch die einzelnen Länder, die in das Vermögen selbst einwirft, ausgeschlossen ist. Es ist daher für Baden nur mit der Beibehaltung des im März 1919 beschlossenen Steuerfußes von 13 % für Vermögenssteuerumlagen von 5000 M an und von 11 % für Vermögenssteuerumlagen unter 5000 M zu rechnen. Es ist daher für 1920 mit einem Ertrag aus Vermögenssteuer von etwa 16000000 M zu rechnen. Die Einkommensteuer steht in Baden nur noch bis spätestens 1. April 1920 zur Verfügung; alsdann erfüllt Baden vom Reich einen Teil der Reichseinkommensteuer zugewiesen. Nach den Vorschriften wären für die Zeit vom 1. April 1920 bis Ende 1920 zu erwarten drei Viertel des Aufkommens an Einkommensteuer für 1919 zuzüglich 6 v. H. dieses Betrages. Das Steueraufkommen für 1919 ist mit Einschluß aller Zuschläge veranschlagt auf 146 600 000 M Einkommensteuer. Soweit die Ergebnisse der Berechnung bekannt sind, scheinen bei dem vorgenannten Zuschlag nur 60 000 000 M heranzufommen. Statt der veranschlagten 72 000 000 M. Trifft dies zu, so wären vom Reich zu erwarten 107 007 000 M, wozu unter der Voraussetzung der weiteren Erhebung der Einkommensteuer zum erwähnten Betrag 33 650 000 M kämen. Im Ganzen wären also zu erwarten an Vermögenssteuer und Einkommensteuer 16 000 000 + 33 650 000 + 107 007 000 = 156 657 000 M.

Zimmer freier.

wird das Gebahren der rechtsstehenden Presse. So leistet die „Südd. Ztg.“ in „kleinen Tagespiegel“ ihrer Ausgabe vom letzten Freitag folgende zwei Anwürfe:

„Die Vertreter der roten Revolutionspartei hat der Regierungsgenossen Müller mit großer Eile den Auspruch getan: Der deutsche sozialistische Staat hat keinen größeren Feind als Ludendorff und seine Garde.“ Wir rechnen es uns zur Ehre an, auch zu dieser Garde zu gehören, denn Müllers Worte besagen ja daselbe wie Scheidemanns Trompetenschrei: Der Feind steht rechts.“

„Um seinem Obergenossen ebenbürtig zu sein, erklärte nach Müller der sozialdemokratische Abgeordnete Wels, ein

noch größeres Unglück als der Völkervertrag wäre die Reaktion. Eines weiteren Beweises, daß unsere „führenden“ Politiker für das Rarrenhaus reif sind, bedarf es wohl nicht mehr.“

„Hunde, die bellen, beißen nicht, sagte Gen. Wels auf unserm badischen Parteitag. Das haben die Gesellen um die „Südd. Ztg.“ ja schon vor einem Jahre bewiesen, wo sie trotz des gewaltigen vorherigen alldutschen Geschreis sich, als es hieß, Thron und Altar gegen die Revolution zu schützen, jämmerlich feige in die Mauselöcher verfrachten; und ihren Wilhelm nach Holland und ihren Ludendorff nach Schweden sich verziehen ließen. Auf diese „Garde“ kann Wilhelm und Ludendorff stolz sein; sie ist allerdings ihrer Würdig.“

Die badischen Eisenbahner zur Verkehrsnot.

Ueber die Lage der badischen Staatsbahnen und die Einstellung des Personenverkehrs an Sonn- und Feiertagen ist von den drei Großorganisationen der badischen Eisenbahner: der Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten im Beamtenbund, dem badischen Eisenbahnerverband und dem Verband des deutschen Verkehrspersonals, Gau Baden, ein Flugblatt herausgegeben worden, das sich mit den Ursachen und der Beseitigung der augenblicklichen Verkehrsnot befaßt.

Wir entnehmen diesem Flugblatt folgendes: Der Bestand an fahrbereiten Lokomotiven hat sich gegenüber 1914 um über 200 vermindert, jener an Personen-, Gepäcks- und Personallokomotiven über 600; auch bei den Güterwagen sind außerordentlich hohe Abgänge zu verzeichnen. Die Kohlenvorräte reichen heute manchmal nur für 3-4 Tage. Von den Ursachen, die zu all dem führen, sind an erster Stelle die großen Abgaben an die Entente sowie die Kriegsverluste und Abwühlungen zu nennen. Anstelle guter und erprobter Bau- und Betriebstoffe für Lokomotiven muß heute in größtem Umfang mehr oder weniger minderwertiger Ersatz treten.

Anfolge all dieser Schwierigkeiten, teilweise auch infolge der bisher ungenügenden Ernährung, war es daher trotz erheblicher vermehrter Arbeiterzahl und trotz bestem Willen der Arbeitervertretungen, Sand in Hand mit der Eisenbahnverwaltung an der Hebung der Arbeitsleistung mitzumachen, nicht möglich, die hohe Anteiligkeit schadhafter Lokomotiven und Wagen so zu verringern, daß stets eine genügende Anzahl verfügbar ist.

So kann es nicht mehr lange weitergehen, heißt es in dem Flugblatt. Es müssen alsbald wirksame Maßnahmen getroffen werden, um mindestens den Güterverkehr wieder in Fluß zu bringen. Der einzige Weg hierzu liegt in der Einstellung des gesamten Personenverkehrs mindestens an einem Tage. Am geeignetsten hierfür sind zweifelslos die Sonn- und Feiertage. Die freiwerdenden Personenzuglokomotiven müssen genützt werden. Es müssen Sondergüterzüge gefahren, die Bahnhöfe, die Ueberholungsgleise, die mit Güterzügen überfüllt sind, müssen an Sonntagen wieder freigegeben werden. So allein ist es möglich, einen Teil der Verkehrsnot zu beheben. Diese Maßnahmen erfordern Opfer von den Eisenbahnern. Das Flugblatt schließt: Es wird gelingen, alle Schwierigkeiten zu beseitigen, wenn jeder Eisenbahner im Betrieb und in der Werkstatt sein Verständnis für den Augenblick betätigt. Das sind wir der Allgemeinheit, uns und unsern Familien schuldig.

Eine unabhängige Hebe.

Gen. Landtagsabgeordneter und Staatsrat Ludwig Marum überbringt uns folgende Erklärung:

Die U.S.P., insbesondere unter alter Freund Adolf Ged., hat sich in den letzten Wochen die erdenkliche Mühe gegeben, mich in der Presse und in Versammlungen persönlich herunterzurufen. Ich lehne es ab, mich mit Adolf Ged. in Prokolemlen einzulassen; von allen andern Gründen abgesehen, deswegen, weil ich Mitleid mit seinen weißen Haaren habe. Zur Aufklärung meiner Parteigenossen teile ich aber folgendes mit: 1. Der Herr Steiner-Konstantz erzählt in Versammlungen, daß ich in Heiligenberg am fleischlosen Tag Fleisch verlangt habe. Ich war in meinem Leben noch nie in Heiligenberg. 2. Adolf Ged. wirft mir in der „Tribüne“, der „Republik“ und natürlich im „Allen Offenburger“ vor, daß ich einen Schieber verurteilt habe. Ich gebe dieses Verbrechen zu, benutze aber den Anlaß, um grundsätzlich zu der Frage dieses zu sagen:

Es ist das Recht und die Pflicht des Anwalts, seinen juristischen Beistand jedem zu leisten, der einer strafbaren Handlung angeklagt ist. Wer angeklagt ist, der ist noch lange nicht schuldig und überführt. Aber auch der geständige Angeklagte hat ein Recht auf den Beistand eines Verteidigers. Man wirt mir vor, daß ich Schieber und Schleichhändler, diese Volksfeinde, verurteilte. Wer hat einem Anwalt schon vorgeworfen, daß er die Verteidigung eines Schleichhändlers übernahm?

Wer dem Anwalt Vorwürfe macht, daß er einen schimmigen Verbrecher verteidigt, der geht von der irrten Auffassung aus, daß der Anwalt die Tat seines Klienten verteidigt, d. h. billigt, daß der Anwalt sich mit dem Angeklagten identifiziert. Wer nur ein bißchen denkt, weiß, daß dies falsch ist. In Wirklichkeit ist es Aufgabe des Verteidigers mitzubekunden, daß das Recht, die Wahrheit gefunden wird; er hat, was auch Pflicht des Staatsanwalts ist, alle Momente, die zu Gunsten des Angeklagten sprechen, zu ermitteln und dem Gericht anzugeben. Nicht oder soll er aus schwarz weiß machen. Ein vernünftiger Anwalt tut dies auch nicht. Er steht dem Angeklagten und der Anklage objektiv gegenüber. Ebenjovonig also, wie der Verteidiger eines Mörders den Mord billigt, ebenjovonig billigt der Verteidiger eines Schleichhändlers den Schleichhandel.

Nur Unverschämte und Posseist kann daher dem Anwalt aus der Uebernahme einer Verteidigung einen Vorwurf machen. Adolf Ged. ist nicht unverschämlich. Damit ist für mich die Sache erledigt. Daß Adolf Ged. noch in dem nichtpolitischen Teil meines Lebens herumwühlt, wie ein gewisses Tier nach Stacheln, berührt mich nicht. Ich werde ihm darauf keine Antwort geben.

Wenden legt sein Landtagsmandat nieder.

Wie verlaublich wird, hat der demokratische Abgeordnete Wenden-Konstantz sein Mandat zum badischen Landtag, dem er ein Werdener lang angehört, niedergelegt, wofür Frau Marie Schloß, Schriftführerin in Rottweil, in die Kammer tritt. Als Grund der Mandatsniederlegung wird die Ueberlieferung mit Befürsungen angegeben. Kenner der Verhältnisse beurteilen die Dinge anders. Herr Wenden, der bekanntlich schon im Frühjahre sein Amt im Konstanzer Gemeindefakultät niederlegte, ist schon lange mit den Wegen seiner Partei unzufrieden. Nachdem er jahrelang im alten Verfassungsausschuss für demokratische Grundzüge kämpfte, mußte der alte Vorkämpfer der bürgerlichen Demokratie, der in allen demokratischen Kreisen unumgedrängte Verehrung genießt, mit Bitternis leben, wie wenig seine Fraktion bereit ist, an der Demokratisierung in dem von ihm gewünschten Maße mitzuarbeiten. Herr Wenden ist deshalb in der badischen Nationalversammlung nur einmal herorgetreten, und zwar als es die Fraktion zumutete und sein demokratisches Temperament es nicht ertragen konnte, daß seine auch „demokratische“ Fraktion mit kühler Neutralität den internationalen Frechheiten zusah. Immer härter merkte jedoch der Demokrat aus altem Schrot und Korn, daß für Leute seiner Art

in der „Demokratischen Partei“ kein Platz ist und so hat er sich jetzt in stiller Resignation ganz zurückgezogen. Wir Sozialdemokraten nehmen jedoch mit Behmut Abschied von einem Manne, der ein gutes Stück uns ein guter Begleiter war.

Zur Kohlennot bei den badischen Eisenbahnen wird amlich mitgeteilt, daß zurzeit der Kohlenvorrat der Staatsbahnen nur noch für etwa 8 Tage reicht. Da die täglichen Zufuhren häufig nicht einmal den Tagesbedarf decken, so ist es unmöglich, einen auch nur bescheidenen Vorrat für ganz schlimme Zeiten anzuhäufeln. Was durch den Ausfall der Personenzüge an den Sonntagen und durch Fahrplaneinsparungen an Kohlen erspart wird, wird für Güterzüge wieder verbraucht. Wenn durch frühzeitigende Kälte die Kohlenzufuhr auf dem Rhein behindert wird, kann eine Unterbrechung des Verkehrs in größerem Umfang nicht vermieden werden, da auf dem Landweg nicht genügend Kohlen besördert werden können.

Die badische Gefandtschaft in München aufgehoben. Wie der „Badische Staatsanzeiger“ meldet, hat das Staatsministerium beschlossen, die badische Gefandtschaft für Bayern und Württemberg in München mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab aufzuheben. Dieser im Interesse einer stärkeren Vereinheitlichung Deutschlands begrüßenswerte Entschluß erweckt Erinnerungen an vergangene Zeiten, in denen die Gefandtschaftsfrage im Mittelpunkt der badischen Politik stand. Trotz der völligen Wertlosigkeit dieses den Etat verteuernenden höfischen Instrumentes konnten sich insbesondere die Nationalliberalen nicht von ihm trennen und sie stellten auf „höheren Wunsch“ diese Position unter Aufsicht des Zentrums wieder her, nachdem sie einmal schon eine Etatperiode lang aus dem Etat ausgemerzt war. Nun ist dieses Ueberbleibsel deutscher Feindschaft endgültig verschwunden, wobei die Ironie des Schicksals diese Aufgabe einem badischen Minister des Auswärtigen zuweist, der einstmals mit auf den Bänken der Nationalliberalen saß.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Pforzheimer Gastwirtschaftlichen. Die Pforzheimer Gastwirtschaftlichen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Erhöhung ihrer Bezüge; so sollen Oberkellner und Köche monatlich 100 M., Restaurant-, Zimmerkellner und Kellnerinnen monatlich 80 M., bei freier Kost und Logis und bei Beibehaltung des Trinkgeldes erhalten.

Aus dem Lande.

Durlach. Diskussionsabend. Auf den morgen Dienstag, 28. Oktober, abends im „Ramm“ beginnenden Diskussionsabend sei nochmals ganz besonders hingewiesen und die Genossen und Genossinnen erucht, sich zahlreich daran beteiligen zu wollen. Zur Beratung kommt das Erfurter Programm.

Einbruch. In der Nacht zum Samstag wurde hier in das Uhren- und Goldwarenlager Reishurger eingebrochen und das ganze Warenlager ausgeraubt. Herr Reishurger hat für die Feststellung des oder der Täter und die Wiedererlangung der Waren eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Gaspreiserhöhung. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, infolge der am 1. Oktober erfolgten erheblichen Steigerung der Kohlenpreise dem Bürgerauschuss die Erhöhung des Gaspreises von 42 auf 50 Pf. pro Kubikmeter vorzuschlagen und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober ab. Gleichzeitig soll der Gaslieferungspreis für Erhöhungen auf 45 Pf. pro Kubikmeter erhöht werden.

Stuttgart. Revolutionsfeier. Der sozialdemokratische Verein beschloß, den Gedenktag der Revolution, den 9. November, durch eine allgemeine Revolutionsfeier zu begehen. Dieselbe findet am Sonntag, den 9. November, nachmittags, in der Festhalle statt. Genosse Arbeitsminister Müller wird die Fest- und Gedenkrede halten. Wir bitten die Parteigenossen und Parteigenossinnen jetzt schon in allen Kreisen der Arbeiter- und Parteigenossen für diese Veranstaltung zu agitieren.

Rastatt. Gefangeneneinkehr. Am 24. Oktober traf ein neuer Transport Heimkehrer, von Köln kommend, im hiesigen Durchgangslager ein.

Konflikt. In der letzten Bürgerauschussung kam es anlässlich der Debatte der Lebensmittelversorgung zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen unserem Fraktionsredner und dem Vorstehenden des Kommunalverbandes. Auf Anfrage unseres Genossen Heller in der Fraktionsvorbesprechung gab der Bürgermeister zu, den hiesigen Kandidaten 10 Sad Auslandsmaß, um ein Quantum nicht abgeleitet und verdorbenen Weisgrich mit abzuholen zu können, verkauft zu haben. In der Bürgerauschussung waren nun plötzlich aus den 10 Sad 24 geworden. Der Hauptgrund der Auseinandersetzung war der, daß von Seiten unserer Fraktion vier Mitglieder in den Kommunalverbandsauschuß vorgeschlagen werden sollten. Wir waren damit einverstanden, nur hülpten wir die Bedingung daran, 1. daß wir für die alten fünfjährigen Abrechnungen, von denen wir seit Bestehen bei einem Umsatz von 18 Millionen eine Abrechnung von etwa 10 Zeilen vorgelegt bekamen, keine Entlastung erteilen würden, 2. daß die alte bürokratische Kassensystem-Rechnungsstellung aufgehoben und dafür für jede Abteilung ein Buch angelegt werde, in dem auf der einen Seite der Eingang der Waren, Belastung der Kosten, auf der anderen Seite der Ausgang der Waren nebst Unkosten gebracht würde, so daß also nach jedem Verkauf der Sado gegessen werden könnte.

Der Bürgermeister war sehr aufgebracht über diese Forderung und warf uns vor, wir hätten unberechtigtes Mißtrauen gegen die bewährten Leiter des Kommunalverbandes. Unser Fraktionsredner erklärte aber gleich bei Beginn seiner Ausführungen, daß wir einigen Geschäftsführern (wir meinten da insbesondere Eiter, Brommer, Maier Weber etc.) für ihre enorme Arbeitsleistung Dank schulden, daß wir aber andererseits der Geschäftsführung wie sie in der Festhalle gehandhabt werde, wo nur eine ungeordnete Zettelwirtschaft ohne jede Kontrolle herrsche, kein Vertrauen entgegen bringen könnten. Injere Bedingungen wollte nun der Bürgermeister nicht annehmen, im Gegenteil, er zog in seinen Ausführungen in allgemeiner Weise gegen unsere Partei los. Diese Aufregtheit ist uns unverständlich, unsere Forderungen sind sachlich begründet und es wird dem Herrn Bürgermeister auch durch sein neuerliches Vorgehen nicht gelingen, uns von dem für richtig erkannten Wege abzubringen oder einzuschüchtern. Er könnte aber doch einmal den Bürgern ziehen, wir raten ihm, den Bogen nicht zu überspannen.

Baden-Baden. Einwohnerwehr. Die Parteileitung erucht alle Genossen, die den Bedingungen zur Aufnahme in die Einwohnerwehr entzprechen, sich sofort anzumelden. Es handelt sich hier nicht um Soldatenpielerzeit früherer Zeit, sondern um eine ernste Sache, bei der die Arbeiterkraft ihrer Macht entsprechend vertreten sein muß!

Schieber. Der Wirt Schöpflin vom „Hindenburghof“ hier hat während des Krieges und auch nachher noch die „Zeit der Zeit“ verstanden, d. h. er glaubte, sich auf Kosten seiner Mitmenschen schnell bereichern zu können und wurde „Schieber“. Seine Wirtschaft war der Sammelpunkt bestimmter Elemente, mit denen in normalen Zeiten jeder auf ein reines Bruststück haltende nicht in Verbindung zu kommen suchte. Jetzt hat auch Schöpflin sein Schicksal erreicht. Die Strafkammer Offenburg verurteilte ihn dieser Tage wegen umfangreicher Tabakschiebung, Preisstreiberi, Urkundenfälschung usw. zu 10 Monaten Gefängnis, 5000 M. Geldstrafe, 8 Monate Unterjuchungshaft werden angerechnet. Der bei dem Kaiserhof in Baden-Baden beschlagnahmte Tabak wird eingezogen.

Das Strafmaß läßt erkennen, daß hier endlich ein gang raffinierter Schieber gefaßt wurde. Zu wünschen wäre, daß von den vielen dieser gemeingefährlichen Sorte, die gerade hier noch herumlaufen, recht bald noch mehrere das Schicksal Schöpflins teilen würden, zu Ruh und Wohlstand der Bevölkerung.

Offenburg.

Schwurgericht. In der ersten Sitzung des Schwurgerichts wurden die ledigen Tagelöhner Wendelin Herrmann und Karl Proß aus Schutterbad bezw. Langhuth wegen Stillschleppens nach Paragraph 177 N. Str. G. B. bezw. Weisheit hierzu zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr 4 Monaten oder 10 Monaten unter Anrechnung von je drei Monaten der erklärten Unterjuchungshaft verurteilt.

* **Horsheim, 26. Okt.** In der Nacht zum Samstag brannte in Dillweihen das Wohnhaus, die Scheune mit den großen Futtermitteln und ein Schuppen des Landwirts Emanuel Mayer vollständig nieder. Das Vieh wurde gerettet. Man vermutet, daß Brandstiftung vorliegt.

* **Durbach, 26. Okt.** Beim Herbstschießen ging dem 20jähr. Sohne des Hofbauern Anton Lang eine Ladung Pulver ins Gesicht. Er erlitt dadurch schwere Verletzungen am Kopfe.

* **Müllheim, 25. Okt.** Die beiden letzten Brände in Hügelsheim, die im ganzen Markgräflerland großes Aufsehen erregt haben, da Brandstiftung festgestellt, haben jetzt ihre Aufklärung gefunden. Unter dem Verdacht, die Brände gelegt zu haben, wurde der Sohn eines angesehenen Bürgers in Hügelsheim, namens Adolf Reid, verhaftet. Er legte ein Geständnis ab, gab jedoch die Ursache der Brandstiftung nicht an.

* **Hügelsheim (u. Müllheim), 24. Okt.** Der Brandstifter, dessen unheilvollen Tun in den letzten Tagen zwei Scheunen zum Opfer fielen, ist in der Person des ortsonächtigen Wäbriegen Landwirts Hädt ermittelt und verhaftet worden. Er hat bereits ein Geständnis abgelegt.

* **Leiberg, 26. Okt.** Um einen geliebten Schwindler scheint es sich bei dem angeblichen Hegerfeldwibel Klein (dessen Rückkehr aus der Gefangenschaft jüngst gemeldet wurde) zu handeln. Wie der „Leiburger Post“ berichtet, hat man es nämlich nicht mit dem Flieger Klein, sondern mit einem gewissen P. Umenhoffer aus Horst bei Bruchsal zu tun, der wegen Diebstahls verhaftet worden ist. Es hat sich herausgestellt, daß U. inoffiziell Mitglied einer Schiebergesellschaft war und wegen Urkundenfälschung gefaßt war.

Waghäusel b. Bruchsal, 26. Okt. Bei diesem Nebel stieß am Freitag früh 7 Uhr auf Station Neulohheim ein Arbeiterzug mit einem ihm entgegenkommenden Kriegsgefangenenzug zusammen. Die beiden Lokomotiven wurden stark beschädigt, ebenso vier Personenwagen des Arbeiterzuges. Während der Führer des Arbeiterzuges schwere Verletzungen erlitt, sind die Jugeninsassen mit leichteren Verletzungen davon gekommen.

Weitere Fahrpländeränderungen. In Verbindung mit der Einstellung des Personverkehrs an Sonn- und Feiertagen traten am Samstag, den 25. Oktober an folgende weitere Fahrpländeränderungen im Verbreitungsgebiet unseres Blattes ein: 1. Werktags vor Sonn- und Feiertagen fallen aus: Zug 1271 Karlsruhe 9. ab 8.40, Graben-Neudorf an 9.30; Zug 1269 Raibitz ab 9.10, Gernsbach an 9.42, jeweils abends. 2. Werktags vor Sonn- und Feiertagen verkehren ausnahmsweise: Zug 817 Karlsruhe ab 1.50, Weihen an 2.36 nachm. 3. Von Sonn- und Feiertagen auf Werktags, sowie an Feiertagen nach Sonn- und Feiertagen fallen aus: Zug D 38 (Verlin) Würzburg ab 4.07 vorm., Mannheim an 8.42 vorm.; Zug 379 Mannheim ab 7.05 nachm., Lauda an 12.40 nachm.; Zug 6010 Würzburg ab 7.20 nachm., Mannheim an 8.55 vorm.; Zug 6087 Offenburg ab 12.17 vorm., Karlsruhe an 3.21 vorm.; Zug 6085 Karlsruhe ab 10.00 nachm., Heidelberg an 12.30 vorm. 4. Werktags nach Sonn- und Feiertagen verkehren ausnahmsweise: Zug 1277 Raibitz ab 8.10 vorm., halt auf allen Zwischenstationen, Gernsbach an 8.44 vorm., ab 8.52 vorm., weiter wie gewöhnlich. 5. Der Zug D 38, der in Verlin und Waghäusel Samstag 5.20 nachm. abgefahren wird, wird Sonntag bis Mannheim durchgeführt, Mannheim an 8.42 vorm. Zu diesem Zug werden auf beiden Stationen an Sonn- und Feiertagen Fahrkarten ausgegeben.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Heine-Abend.

Es ist wirklich zu bedauern, daß nun nach diesem ersten, glänzend verlaufenen Abend, den der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei, den Genossen und Genossinnen, der arbeitenden Bevölkerung insgesamt, gab, nun wohl eine längere Pause bis zur nächsten Veranstaltung eintreten muß; denn die Saalnot und Rosennot werden schon in nächster Zeit allen öffentlichen Veranstaltungen ein halt gebieten. Daß ein Bedürfnis nach derartigen billigen, vollstündigen künstlerischen Veranstaltungen vorhanden ist, zeigte der vollbesetzte Saal der Festhalle. Der Bildungsausschuß hat also sofort mit seinem ersten Abend in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung den zu gutem und gedeihlichen Weiterwirken nötiger Resonanzboden gefunden; der Erfolg des Abends zeigte, daß der Bildungsausschuß sich auf dem richtigen Wege befindet. Zu wünschen wäre nun nur, daß ihm auch an den maßgebenden Stellen die nötige Unterstützung zu teil würde. Es muß unbedingt gefordert werden, daß zu solchen Veranstaltungen nicht nur die verlongierten Räume unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, sondern es sollte Stadt und Staat auch durch finanzielle Beiträge diese doch wünschenswert im Interesse des Volkes, der Volkserziehung und Volkserziehung liegende Arbeit unterstützen und fördern. Was soll man denn dazu sagen, wenn z. B. bei diesem Abend künstlerische mitwirkende Künstler, Fräulein Dell, Frau Witz, Frau Windt, Herr Schwandt und Herr Schönfeld, auf jede Vergütung von vornherein verzichteten, sich gern und freudig unentgeltlich in den Dienst der Sache stellten, die Stadt dagegen etwa 100 M. oder noch mehr für Saalmiete, Luftbarkeitssteuer (!) usw. forderte. Es bedarf wohl nur dieses vergleichenden Hinweises, um die Berechtigung unserer Forderung zu beweisen. In anderen Städten gehört übrigens die Unterstützung derartiger Bestrebungen zu den Selbstverständlichkeiten der kommunalen Volkserziehungsförderung. In Karlsruhe ist man noch nicht so weit. Vielleicht veranlaßt die Veranstaltung vom letzten Mittwoch die Stadtverwaltung, ihren Standpunkt nachzuprüfen und auch nun an ihrem Teil mitzuwirken, unsere Arbeit zur Förderung und Gehbung der Volkserziehung, durch einigermassen Entgegenkommen zu fördern.

Die Veranstaltung nahm, wie schon erwähnt, einen glänzenden Verlauf; es dürften gegen 500 Männer und Frauen anwesend

Gegen Schiele, Bucherer und Schleichhändler.

Mörlingen bei Enns, 19. Okt. In einem gereizten Gemütszustand kam es zwischen 40 Bauern aus Egelingen, Orlingen und Reute und der Gendarmerie, als die Bauern versuchen, 1000 Zentner Obst nach Lützingen zur Marktzeit zu bringen. Die Bauern mühten aber ihr Obst im Stiche lassen, das beschlagnahmt wurde.

Böhrenbach, 19. Okt. Vor einigen Monaten hatte unsere Stadterhaltung bei der Obsterziehung etwa 70 Zentner Most abgefaßt. Sie hat nun den Verlust erhalten, daß das Mostobst nicht geteilt werden könne, weil alles auf Schleichwegen verschwand.

* **Lauda, 22. Okt.** Das hiesige Fahndungskommando hat letzter Tage 150 Sämel, die aus dem Böhrenbach kamen und ins Ruhrgebiet verschoben werden sollten, ferner 37 Zentner Weizenmehl, die unter einer Strafbewehrung versteckt waren, beschlagnahmt.

* **Singen-Hohentwiel, 21. Okt.** In einer Versammlung der Unabh. Sozialdemokraten über die Auzerziehung zog eine große Menschenmenge zu mehreren Konbitorien und Kaffees und erzwingt ihre Schließung. Es wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und in einer Konbitorie 5 Zentner Weizenmehl vorgefunden und beschlagnahmt.

Geibersberg, 23. Okt. Hier ist ein umfangreiches Schiebernest aufgedeckt worden. In der Hauptstadt handelte es sich um große Mengen Mehl, das zu Mehl, Lebkuchen usw. Verwendung finden sollte. Vier Personen wurden verhaftet. Ferner wurden bei dem hiesigen Wagnisort größere Mengen Mehl und Gemischtes beschlagnahmt, des weiteren bei einem früheren Wäbriegermeister 6 Zentner Mehl, die er von anderen Wäbriern aus ihren „eripierten Beständen“ aufgekauft hat. Auch in dieser Angelegenheit sind drei Verhaftungen erfolgt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 27. Oktober.

Zur Feier des 9. November.

Am 9. November jährt sich der Tag, an dem das deutsche Volk sich von den Fesseln der obrigkeitlichen Bevormundung befreite. Der Arbeiterklasse hat dieser Tag zwar nicht die restlose Erfüllung ihrer Forderungen gebracht. Immerhin ist auch für sie der Weg frei geworden, da sie durch die Errungenschaft der vollen politischen Gleichberechtigung einen hervorragenden Einfluß auf die Gestaltung der Geschichte des Volkes genommen hat. Und es wird jedenfalls von der Arbeiterklasse selbst abhängen, sich neben der politischen auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erkämpfen und dem großen Wertschöpfungsideal des Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Auf jeden Fall hat die Arbeiterklasse alle Ursache, den 9. Nov. als einen Markstein in der Geschichte festlich zu begehen.

Für die hiesige Stadt ist nachmittags 4 Uhr eine feierliche Veranstaltung im Künstlerischen Rahmen im großen Festsaal vorgesehen, bei der die Chöre der Arbeitervereine und Solisten mitwirken. Redakteur Gen. Schöpflin wird die Festrede halten. Das Nähere wird noch bekanntgegeben werden.

Die Feuerungszulage und die Angestellten.

Am Freitagabend fand im Saale des „Friedrichshof“ in Karlsruhe eine Versammlung der Mitglieder des Ortsausschusses der Angestellten, der Arbeitgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des kaufmännischen Vereins weiblicher Angestellten statt, um zu den von den Arbeitnehmern bewilligten neuen Feuerungszulagen Stellung zu nehmen. Im Gegensatz zu früheren Versammlungen trat der Jubel zu kurz, daß der große Saal schon um 8 Uhr überfüllt und eine zweite Versammlung im Gartenfall rasch eingerichtet werden mußte.

Zunächst berichtete Gen. Kiefer über die Verhandlungen wegen der Feuerungszulage der Industrieangestellten. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern gestalteten sich ungemein schwierig, aber schließlich haben die Arbeitgeber doch zugestanden, den ledigen Angestellten in der Industrie ohne Ausnahme eine Feuerungszulage von 165 M. den Verheirateten von 200 M. monatlich zu geben. Da die bisherigen Feuerungszulagen auf 1. November gelündigt wurden, gelten die neuen Feuerungszulagen vom 1. November ab. Sie sind monatlich kündbar und bleiben bis 1. März n. J. in Kraft. Geleitete Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurden für die Angestellten des Groß- und Kleinhandels geführt. Bei diesen Verhandlungen, bei denen die Angestellten weit mehr Entgegenkommen von den Arbeitgebern fanden, als bei den Arbeitgebern der Industrie, berichtigte Gen. Kiefer. Als ein anderes Mitglied der Verhandlungskommission die Mitteilung machte, daß sich der Lebensmittelgroßhandel von dem vereinbarten Tarif auslösse,

löste dies sehr abfällige Bemerkungen in der Versammlung aus. Schließlich wurden aber die hier vereinbarten Feuerungszulagen von 100 M. für die Angestellten in den ersten vier Jahren nach Beendigung der Wehrzeit, von 120 M. für Ledige und 165 M. für Verheiratete genehmigt. Bei der Abstimmung der für den Kleinhandel vereinbarten Feuerungszulagen von 75 M. für die ersten vier Jahre nach der Wehrzeit, 125 M. für Ledige und 150 M. für Verheiratete, wurden diese Sätze abgelehnt.

Der Leiter der Parallelerziehung, H. Köpfer, teilte mit, daß dort alle Zulagen angenommen worden seien. Wie es bei der Ablehnung, so müßte der Schlichtungsausschuß angerechnet werden, der bis jetzt stets für die Arbeitgeber gestimmt hätte. Da die Ablehnung durch die Angestellten dieser hiesiger Großfirmen herbeigeführt wurde, wurde der Antrag angenommen, die Angestellten dieser beiden Firmen von den Angestellten des Kleinhandels auszunehmen und sie besonders zu behandeln, sowie die Firmen mit über 80 Angestellten zum Großhandel zu rechnen.

Sobann wurde folgende Entschließung mit allen gegen eine Stimme angenommen:

„Die am 24. Oktober 1919 im „Friedrichshof“ tagende Vollversammlung der Angestellten von Karlsruhe und Umgebung nimmt Kenntnis von dem Bericht der Schlichtungskommission über die Gegenordnungen der Unternehmervereinigungen. Mit allen Nachdruck appellieren die Versammelten an die Einsicht und den sozialen Sinn ihrer Arbeitgeber und fordern diese auf, jederzeit die durch die Führer der Angestellten-Organisationen vorgetragenen Wünsche als von dem Willen der gesamten Angestelltenchaft getragen anzuerkennen. Nicht zum mindesten im vaterländischen Interesse haben die Angestellten von Karlsruhe und Umgebung in alle Maße übersteigender Nachgiebigkeit und Opferwilligkeit von Zwangsmitteln bisher Abstand genommen. Auch die jüngsten Forderungen sind von dem Willen getragen, der Leistungsfähigkeit der Unternehmer Rechnung zu tragen. Es ist aber unbedingt notwendig, durch eine durchgreifende Besserung der Einnahmen eine Erholung von den schweren Schädigungen, die besonders den Angestelltenstand betroffen haben, möglich zu machen, einen Ausgleich in der in den letzten Monaten wieder wesentlich zu Ununten der Arbeitnehmer veränderten Lage herbeizuführen und den Angestellten zu ermöglichen, ein auskömmliches Dasein zu finden. Das aus den Erörterungen der heutigen Versammlung erneut zu Tage tretende Bild ergibt, daß die bewilligten Erhöhungen der Feuerungszulagen das alleräußerste ist, was durch die Angestelltenchaft angenommen werden kann. Etwas spätere Verhandlungen über untergeordnete Sätze für Ledige und Verheiratete lehnt die Versammlung einstimmig ab und weist mit voller Ueberzeugung jede Verantwortung für die Folgen zurück, die daraus entstehen würden, wenn die Arbeitgeber weiter verharren würden, den ledigen die ihnen zustehende Entlohnung vorzuenthalten.“

Kriegsgefangenenheimkehr!

B. Letzten Donnerstagabend kam wieder ein Transport Kriegsgefangener aus französischer Gefangenschaft hier durch. Während des Aufenthaltes konzertierte der Musikverein „Harmonie“. Die Heimkehrer erzählten, daß sie in Frankreich auf Arbeitsfähigkeit unterrichtet worden seien und daß zunächst die nicht arbeitsfähigen Kriegsgefangenen heimgeschickt würden. Am Freitagvormittag kam ein Zug mit 300 Mann aus englischer Gefangenschaft hier durch. Unterwegs hatte er einen Zusammenstoß, wobei ein Schaffner schwer verletzt wurde. Die gedrückte Stimmung der Heimkehrer schwand, als sie am Bahnhof den Singchor der Fächererschule hörten, der unter Leitung von Herrn Oberlehrer Lehner heimische Weisen sang. Die Begeisterung unter den Musikfern war so groß, daß sie auf die Tücher der Wagen stiegen, um in der Nähe des Chors zu sein. Der Transport wird im Durchgangslager Raibitz neu eingeteilt und dann entlassen. — Von Musikern, die aus französischer Gefangenschaft entlassen sind, wird mitgeteilt, daß die Franzosen Kriegsgefangene, die beim Entlassen erkrankt wurden, erst fünf Monate nach erfolgtem Rücktransport der übrigen deutschen Kriegsgefangenen ausliefern wollen. Die Reichsregierung ist davon unterrichtet und wird die erforderlichen Schritte unternehmen, um die Franzosen von der Begehung dieser weiteren Kulturstände abzurufen.

Vertrauensmänner! Es wird nochmals auf die am nächsten Mittwochabend in der „Gold. Krone“ stattfindende Vertrauensmännerversammlung hingewiesen, in der über den Ausbau der Parteipresse gesprochen werden soll. Vortragender ist Redakteur Gen. Schöpflin.

In lebenswürdigster Weise hatten sich einige Damen und Herren zur Verfügung gestellt. Frau Biz vom Landestheater brachte einige der „Söhne an die Mutter“ mit dem ganzen Reichtum ihrer bellamatorischen Ausdrucksmittel zu tiefster Wirkung. Neben dem „Meister Olf“ waren die humoristischen Vorträge äußerst geschmackvoll und fein gewürzt. Einen tiefen Eindruck hinterließ die meisterliche Webergabe von „Die Weber“, „Deutschland, ein Wintermärchen“ das erste Kapitel in seinem gewöhnlichen erlebnisreichen Weite; sein meisterlicher Vortrag aus dem das tiefe Mitleiden der Dichtung so bodenreich herausfließt, sicherten dem Künstler auch an diesem Abend reichen Beifall. — Eine Sängerin, die aufhorchen läßt und die, wie die ersten Eindrücke zeigen, weit über dem Durchschnitt steht, ist Fräulein Käthe Dell, der die Webergabe der vier Schumannschen Veronungen Götterlicher Rieder des Abends ganz hervorragend gelang. Was gerade beim Vortrag Schumanns besonders hohe Anforderungen stellt, die feine Durchdringung, war hier in einer überragenden Weise zu hören. Die vier Kompositionen Schuberts, die die Veranstaltung brachte, sang Herr Schwandt, Mitglied unserer Bühne. Die seine bräunliche und doch männlich belebte Stimme löste starken Eindruck aus und ließ nach dem hervorragend gelungenen „Fischermärchen“ reichsten Beifall erschallen. Frau Clara Windt war eine Begleiterin von reichem multifaktem Können mit ebenso feinem Anschlag wie Melodienführung. — So nahm der Abend einen äußerst erfreulichen und stimmungsvollen Verlauf und wird allen Hörern in schöner Erinnerung bleiben. Den Vortragenden sei an dieser Stelle der herzlichste Dank für ihre schönen Leistungen ausgesprochen.

Frau Melanie Ermsath vom Karlsruher Landestheater wird nächsten Donnerstagabend 8 Uhr im Saale der „Eintracht“ ebenfalls einen Heine-Abend geben, der als eine Ergänzung des Abends vom Mittwoch zu betrachten ist. Frau Ermsath wird Dichtungen bringen, die am Abend des Bildungsausschusses nicht vorgelesen wurden, u. a. den „Julus“, „Deutschland“ und „Das der Rieder“. Die Vortragende ist als Schauspielerin vieler Landestheater als eine glänzende Gestalt des Wortes und Ausbeuterin der Dichtung bekannt, ihr Abend verspricht also einen hohen Genuß. Wer weiteres aus dem Schaffen des Dichters hören will, der möge diese Veranstaltung besuchen. Karten, auch zu dem billigen Preise von 1.10 M. sind in der Musikalienhandlung von Aris Müller, Kaiserstraße erhältlich.

gewesen sein. Zur Begrüßung wies der Vorsitzende des Bildungsausschusses Gen. Redakteur G. Winter auf den Zweck dieser Bildungsveranstaltungen hin, deren erste dem Dichter Heinrich Heine gewidmet sei. Über den Dichter und Revolutionär Heine sprach Johann Gen. Stabrat Dr. Kullmann in einer klugen und tiefen Ausführung; der Redner bewegte sich in folgenden Gedankengängen: „Es geht nicht um eine ästhetisch-literarische Würdigung des Dichters. Wir feiern vielmehr in Heine den Revolutionär und zwar, wie Hermann Wendel sagt: den größten Revolutionär unter den Dichtern, den größten Dichter unter den Revolutionären. Wie Karl Marx war Heine ein rheinländischer Jude. Er lag dem Geist der Aufklärung schon gewissermaßen mit der Muttermilch ein. Am in Abhängigkeit von reichen Verwandten und ausgebeutet von gewinnstüchtigen Verlegern war auch Heine ein Proletarier und empfand als solcher. Schon seine unermessliche Geistesfreiheit erwies ihn als den Dichter des dritten Standes. Ursprünglich Romanist, wandte er sich als Kampferinart von dieser weltfremden Richtung ab und wurde der Dolmetscher und Prophet der zum Nichte stehenden Massen. Mit den Waffen seines vernichtenden Witzes kämpfte er gegen die politische Rückständigkeit in Deutschland und erkannte nur die deutsche Philosophie als das einzige revolutionäre Element seines Vaterlandes. Mit außerordentlich volkstümlicher Klarheit vermittelte er nach seiner Ueberzeugung nach Frankreich den Franzosen die Kenntnis von dieser Philosophie, die er überhaupt den Franzosen als der eigentliche Revolutionsant deutscher Geisteskultur gilt. Als Saint-Simonist und selbsterleuchteter Freund von Karl Marx wurde er immer leidenschaftlicher und entschlossener der Verfechter des Anspruchs der Massen auf Erdenglück im Sinne einer lebensbejahenden Diesseitsreligion. „Der Himmel überlassen wir den Engeln und den Spähen.“ Der Redner schloß mit dem Hinweis darauf, daß der von der deutsch-nationalen Reaktion gepredigte Kampf gegen das Judentum gerade sich gegen das von Karl Marx, Lassalle und Heine verkörperte revolutionäre Element richte. Für uns soll sich aber die Beschäftigung mit Heine umsetzen in energische Aktion. Als „guter Landbour“ soll er uns vorangehen:

„Ermittle die Leute aus dem Schlaf, Tromme Reveille mit Jugendkraft, Marschiere trommelnd immer voran, Das ist die beste Wissenschaft.“

In den anschließenden Vorträgen, gesanglicher und registrierter Art, wurde nun eine Fülle des Dichters Heine ent-

umlung aus... undzulagen... Jahren nach... und 195... der für den... für die... und 150...

per, teille... en. Welche... sich ange... er gestimmt... er hiesiger... angeman... angehalten... u behandeln... offhandel zu...

allen ge... ngenbe Voll... Umgebung... mission über... Mit allen... und den... auf, jederse... vorgetragen... angehalten... im wate... rlsruhe und... und Ope... men. Aus... ngen, der... en. Es ist... die Verbeser... abigungen... möglich zu... ten wieder... enen Lage... ein aus... rungen der... ergibt, daß... das als... mmen mer... rerbliche... mung ein... animierung... , wenn die... ihnen zu...

Sozialdem. Partei. Heute abend 5 Uhr in der „Goldenen Krone“ No-Nanda-Sitzung.

Etwas für die Kinder. Die Kinderschutzkommission der sozialdemokratischen Frauenaktion, die in den letzten Jahren die schönen Ferienparaden für die Kinder beanstandete, will auch im Winter den Kindern ab und zu etwas bieten. Zunächst ist auf nächsten Mittwoch nachmittags 4 Uhr ein Lichtbildvortrag des Genossen Kadner im Saale des „Auerhahn“ (Schützenstraße) vorgesehen mit einem Programm, das speziell auf das Kindergehirn zugeschnitten ist. Die Kinder sammeln sich nachmittags 4 Uhr an den bekannten Sammelplätzen der Stadt, von wo sie nach dem „Auerhahn“ geführt und von da wieder nach Hause begleitet werden. Die Aufsicht führenden Frauen wollen sich vollständig einfinden.

Alle ihr Kinder, kommt am Mittwoch recht zahlreich und bringe jedes 10 Pf. für den Eintritt mit! Die ganz Kleinen sollen möglichst nicht mitgenommen werden, da für diese der Nachhauseweg in der Dunkelheit zu bedauerlich sein dürfte.

Einsparung der 50 Mark-Noten. Die Reichsbanknoten sind ermächtigt worden, die 50er Reichsbanknoten vom 20. Oktober 1918 nach bis Ende 1919 zur Einsparung anzunehmen.

Städtischer Ausschuss zu den Arbeitersekretariaten. Als Beiträge zu den Kosten der Unterhaltung der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen des Gewerkschaftsrates (des Arbeitersekretariats Karlsruhe) und des Volksbüros und Arbeitersekretariats des christlichen Gewerkschaftsrates hat der Stadtrat in den Jahren 1915, 1917, 1918 und 1919 je 800 M. bez. 400 M. bewilligt. Auf Ansuchen der erwähnten Organisationen beschloß der Stadtrat in Anbetracht der heftigen Krise, in der sich beide Büros befinden, im nächstjährigen Voranschlag einmalige Beiträge von 4000 M. und 2000 M. vorzusehen.

Schulunterricht und Gasbeschränkung. Wie wir vernahmen, stehen die Schulbehörden mit der Stadtverwaltung in Verhandlungen in Sachen der Gasbeschränkung, um einen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Familien und denen der Schule zu treffen. Bis zur endgültigen Regelung, die in Kürze zu erwarten ist, soll die jetzige Unterrichtszeit noch beibehalten werden.

Landestheater. Das erste der sechs Sinfoniekonzerte des Operndirektors des Landestheaters, die unter der Leitung des Operndirektors Cortezis stehen, findet am Mittwoch, d. 27. Okt. 1919. Das Programm besteht in Mozarts Serenade für 13 Klarinstrumente in F-dur und in Beethovens 9. Sinfonie.

Einbruch. In der Nacht zum Freitag wurde in den Bahnhof Mühlburg eingebrochen und aus einer Erdbude 180-200 neue Mägen, sowie 150 Stück neue Hüte im Werte von etwa 2000 M. entwendet. Die bis jetzt unbekannt Täter haben noch andere Güter durchsucht und von dem vorgefundenen Obst verputzt.

Ferriebebstahl. Am Samstag den 18. Oktober 1919, abends zwischen 8 und 9 Uhr wurde aus der Stellung der Artillerie-Kaserne an der Mollstraße eine vierjährige Kutschkutsche nebst Sattel und Zaumzeug im Werte von 4500 M. gestohlen. Die Täter, sowie das Pferd konnten bis jetzt nicht ermittelt werden.

Veranstaltungen.

Arbeiterbildungsverein. Heute abend 8 1/2 Uhr Vortrag (mit Lichtbildern) über: Volksgesundheit durch Lebensregulierung im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14. Vortragender Herr Kreisturnwart Oberlehrer A. W. Raier. Der Besuch ist unentgeltlich, Gäste sind willkommen.

Vortrag Dr. Mittal. Auf den demnächst im Friedrichssoffaal stattfindenden Experimentavortrag des telepathischen Phänomens Dr. Mittal sei ausdrücklich nochmals hingewiesen. Nach den vorliegenden Berichten handelt es sich um Leistungen auf dem Gebiete der Telepathie und Wachstagsheit, die mehr als geheimnisvoll sind, so daß die gesamte deutsche Bevölkerung in widerholten Aufzügen beobachtet wurde, geradezu vor einem Rätsel zu stehen. Karten bei Dr. Tafel, Mühlstraßenhandlung.

Kleine Nachrichten.

Berlin. Laut „Berliner Volkszeitung“ meldet Associated Press, daß der Prager Erzbischof 50 Priester erlassen hat, die das Bölkch aufgeben haben. Die Bevölkerung von 140 Tieren unterließ die Aufhebung des Bölkchs durch die Tsecko-Slowakei durch die Entsendung einer Petition an den Papst.

Berlin. Die zweite Delegiertenkonferenz der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie nahm ein Axiom für die Musikanten von Nicht-Musikanten für ein Einigungsprogramm entgegen. An diesen Axiomen ist bemerkenswert, schreibt die „Freiheit“, daß nicht diese Einigungsbedürfnisse von einer Einigung der verschiedenen Parteien absehen, und nur eine Arbeitsgemeinschaft vorzuschlagen.

Berlin. Die „Deutsche Zeitung“ ist wiederum verboten worden.

Berlin. Die Provinzen Umbrien und Toskana wurden vorgestern Nacht durch ein neues Erdbeben in Aufruhr versetzt, das aber lediglich Gebäulichkeiten anrichtete. Besonders heftig waren die Stöße in Citta di Castello, Lorent und Perugia, wo die Bevölkerung, von Panik ergriffen, die Häuser verließ und den Tag auf den öffentlichen Plätzen erwartete.

Riel. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Mienburg berichtet wird, werden, um den Vieh- und Getreidebeschwerden nach den Abkühlungsgebieten bezugsweise nach Dänemark ein Ende zu machen, zwei Schwadronen der Schlesischen Husaren an der Nordgrenze der zweiten Zone aufgestellt.

Washington. Die Bergarbeiter haben den Schiedsrichter des Präsidenten Wilson, der von den Arbeitgebern angenommen worden war, abgelehnt. Der Streik scheint demnach unauflösbar zu sein.

Obst. Steiger ist an einer Lungen-Entzündung gestorben.

Letzte Nachrichten.

Ein Mietschub für Europa.

W. Haag, 27. Okt. Neue Courant meldet: Amerika werde Europa im nächsten Sommer Kredite von zwei Milliarden Dollars verschaffen müssen. Man schätzt, daß im Jahre 1920 Frankreich 22 Millionen Tonnen Kohlen und Italien ebenfalls mehrere Millionen Tonnen Kohlen benötigen werden.

Zahl der deutschen Gefangenen in England.

W. Amsterdam, 27. Okt. Nach englischen Mätern wurde in der englischen Unterhaus-Sitzung vom 25. Oktober mitgeteilt, daß sich am 20. Oktober noch 72 065 deutsche Kriegsgefangene in England befanden haben.

Keuer auf das „Rote Kreuz“.

W. Gellings, 27. Okt. Nach Meldungen ist der Chef des amerikanischen Roten Kreuzes Ryan in Mitau eingetroffen. Beim Überfahren der Mauer wurde er von den Leuten unter Maschinengewehrfeuer genommen. Auch das ihm entgegengehende amerikanische Automobil wurde von russischer Artillerie mit Schrapnell beschossen.

Verantwortlich für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winckler; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeigen.

Dursach. (Sozialdem. Frauenaktion.) Heute Montag abend 8 Uhr Versammlung.

Bekanntmachung.

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.

Die Ziehung der 5. Klasse der 14. Preussisch-Süddeutschen (240. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 6. November d.S. 1919. stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 5. Klasse hat bis spätestens Freitag, den 31. Oktober d.S. 1919, abends 6 Uhr, bei den zuständigen Badischen Lotteriereisnehmern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.

Karlsruhe, den 25. Oktober 1919. Landeshauptkasse als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.

Blau, grün, braun, hell 200.- 250.- 225.- Ulster 350.- nur reine Wolle L. Brotz Marienstr. 18 Telef. 3950

Besonders preiswertes Angebot!

- Creton, Zanella, Schürzenstoffe, Westen-Samt, 1,35 br., Flanelle, Seidenbatiste, Waschtülle, Stückerei-Roben, Unterrock-Volants, Seidenbänder, Rein wollene Damen-Strümpfe
- Kinder-Strümpfe, Wollene Westen, Wollene Kopftücher, Wollene Herren-, Damen- u. Kinder-Handschuhe, Unter-Westen, Reform-Tricot-Hosen, Kinder-Reform-Hosen und Tricot-Anzüge, Herren-, Damen- und Kinder-Taschen-Tücher

Geschw. Binfefeld

Kaiserstr. 38 Telefon 5193. Günstiger Einkauf für Wiederverkäufer.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Dauerwäsche

in erstklassiger Qualität mit Leinwandlagen nur zu haben beim Spezialhaus für Dauerwäsche u. Herren-Modartikel Andreas Weing jr. Karlsruhe I. B., Kaiserstrasse 40, neben dem Elefanten. - Tel. Nr. 1520. en gros Versand auch nach auswärts. en detail.

Badisches Landestheater.

Montag, den 27. Oktober 1919 Hoffmanns Erzählungen Phantastische Oper in drei Akten, einem Vor- und Nachspiel von Jacques Offenbach. Anfang 7 Uhr. (M.-Pr.) Ende 9/10 Uhr.

Wallenstein-Trilogie.

Tüchtige Wickel- und Zigarrenmacherinnen

sofort gesucht für dauernde Arbeit. Näheres 7487 Veilchenstraße 35, Hinterhaus.

Die badischen Kleinstadt-Geschichten

unseres Mitarbeiters Gen. Ferdinand Wadlinger: „Steinacher Lent“. Sechsen erschienen im Verlag Neuh & Jitta, Rottweil. Preis M. 2.50 geb. Zu haben in allen Buchhandlungen, auch Volksbuchhandlung, Adlerstraße 16. 6977

Hosenträger

bauerhaft und gut das Dugend Nr. 3. - , 3.60 u. 4.20 Amalienstraße 43, im Laden. Mühlburg, Kärcherstraße 63, 2. Stof.

Reinwollene Ulster für Herren

7253 in verschiedenen Farben und Qualitäten, ein- und zweifach, von 180.- Mart an. Keine Deckenware! L. Brotz, Marlenstraße 18, part. - Telefon 3950.

Flechten Wunder

offene Füsse, Krampfaderleiden heilt sogar in verzweifelt Fällen mit oft überraschendem Erfolge die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2,70 u. 5,10 Mk.; überall zu haben. Man läßt sich vor Na-haltungen u. bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei Tatoren-Laboratorium, Ritzkochen-Rominten 7. Sngroslager bei Leopold Fiebig.

Kröbel-Seminar

der Abteilung II des Badischen Frauenvereins. Die zweite Abteilung des Kindergarten Vorholstraße 44, die infolge Raummangel am 1. Oktober aufgegeben werden mußte, wird von nächster Woche an in der Südbücherei fortgeführt. 7478 Anmeldungen nur Vorholstraße 44 täglich 12-13 Uhr. Der Vorstand.

Chauffeur

als Fahrer für größere Personenwagen für sofort oder zum baldmöglichsten Eintritt gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf u. Lichtbild sowie Angabe der Wohnansprüche sind zu richten an F.L.E.598 an Rudolf Woffe, Frankfurt a.M.

Ein eleganter Kinderwagen

(Wrennabor), mit tadellosem Nidelgeleis, ein Doppelschreibbuck für Büro, eine Leinwand gespannt auf Rahmen, für Maler oder Photographen (2,00x1,00 cm) eine Stehleiter für Haus oder Laden, alles sehr gut erhalten, hat zu verkaufen Daeschner 7446 Schützenstraße 18 IV I. Anzusehen von 2-5 Uhr.

Wein- und Mostfässer

180 bis 200 Liter haltend verkauft billigst 7446 Jakob Trunk, Küfermeister 79 Wald-Strasse 79.

Flügel u. Pianinos

zu kaufen und erbitte Angebote. Ludwig Schweisgut Karlsruhe 7112 Er-prinzenstraße 4.

Kautabak

garantiert reiner Tabak, Rolle 95 Pf., bei Mehrabnahme entsprechend billiger. S. Schaefer, Angartenstraße 15, Schöne Kleeblumeinrichtung, sowie Döwan, Landschaftsbilder, Poster zu verkaufen. 7450 Bayer, Leffingstr. 39, Telefon 2523

Gebisse

werden nur Dienstags angeliefert, per Bahn 3 Mt. 6920 Karlsruferstr. 37, part.

Schneider-Gesuch.

3 tüchtige Großschneider für erstklassige Maßarbeit bei höchsten Löhnen und dauernder Beschäftigung gesucht. 7487

Frei Schoel

vorn. Julius Vollerer u. m. d. S. Offenburg, Hauptstr. 64 Fernruf 257

Schwerhörigkeit

Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerzen, Glanz, Hueremungen. Vers. Medika lb S.W. 7.

Druckereien

Druckerei Volksfreund

